



Pressemitteilung

Studierendenschaft der TU Braunschweig
 AStA
 Katharinenstraße 1
 38106 Braunschweig

Tel.: +49 (0)531 391-4555
 Telefax: +49 (0)531 342192
 E-Mail: asta@tu-braunschweig.de
 WWW: www.asta.tu-braunschweig.de/

Wanka prognostiziert bundesweit flächendeckende Studiengebühren bis 2017 – wir prognostizieren die Abwahl von Schwarz-Gelb im Januar 2013

In von der dpa verbreiteten Aussagen rechnet Wissenschaftsministerin Wanka mit der (Wieder-) Einführung von Studiengebühren in allen 16 Bundesländern. Dabei stellt sie die Ablehnung der Studiengebühren von einigen Parteien einerseits als rein ideologisch dar, anschließend aber als Populismus im Zusammenhang mit Wahlen. Damit offenbart sie, dass die CDU den Grundsatz von (kosten-) freier Bildung für alle Menschen nicht vertritt.

Zudem verbreitet sie bewusst Unwahrheiten: Nachgewiesenermaßen halten Studiengebühren Interessierte von einem Studium ab. Laut einer von Bundesbildungsministerin Annette Schavan in Auftrag gegebenen Studie hatten allein vom Abitur-Jahrgang 2006 bis zu 18.000 junge Menschen wegen der Gebühren kein Studium aufgenommen, obwohl zu diesem Zeitpunkt erst Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Gebühren verlangten. Einen Kredit bei der N-Bank kann im Übrigen auch nicht jede*r Studierende bekommen. Ausländische sowie ältere Studierende werden hierbei systematisch benachteiligt bzw. ausgeschlossen. Davon abgesehen ist die Perspektive von Schulden zum Ende des Studiums keine erstrebenswerte.

„Bei der Verwendung der Studiengebühren werden in vielen Fällen Lücken gestopft, die von der mangelhaften Landesfinanzierung der Hochschulen herrühren“, so Heike Wehage vom Vorstand des Allgemeinen Studentischen Ausschuss (AStA) der TU Braunschweig.

Knackpunkt im Bereich Lehre sind die unrealistisch berechneten curricularen Normwerte (CNW), die zumeist aus den Siebzigern stammen und der Kapazitätsberechnung dienen. Hierbei werden der Anzahl von Professuren und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen Studienplätze zugeordnet – eindeutig zu viele. Trotzdem fehlen in vielen Bereichen noch Studienplätze. „Viel zu große Seminar- und Übungsgruppen, überfüllte Hörsäle und überlastete Betreuungspersonen sind die Folge“, führt Wehage aus, „es werden extern finanzierte Promovierende zu Lehre herangezogen, weil es nicht genug Landesstellen gibt. Die Studiengebühren werden in erheblichem Maße dafür aufgewendet, diese Faktoren zu verbessern – also zur Kompensation fehlender Landesmittel.“

„Der Landesregierung fehlt der Wille, die Hochschulen finanziell so auszustatten, dass sie vernünftig funktionieren können und nicht von der alten Substanz leben müssen. Die curricularen Normwerte müssen endlich realistisch berechnet werden, mehr wissenschaftliches Personal muss an den Hochschulen eingestellt werden, und zwar in allen Bereichen, in denen Studienplätze fehlen“ ergänzt Dominik Bennett, Referent für Hochschulpolitik beim AStA. „Insbesondere bei der Sanierung und Instandhaltung der Infrastruktur fehlen Mittel, viele Gebäude sind so marode, dass ein angemessener universitärer Lehr- und Forschungsbetrieb nicht möglich ist. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch beim Abschneiden niedersächsischer Hochschulen bei der Exzellenzinitiative.“

Richtiggehend absurd wird Wanka, wenn sie das Gerechtigkeitsargument anführt und dabei Ausbildungsberufe gegen ein Studium auszuspielen versucht. Bessere Verdienstmöglichkeiten gehen mit dem Abschluss eines Studiums aber nicht automatisch einher, dies ist fachlich sehr unterschiedlich. Mit dem Fluglotsen- oder Pilotenberuf hätte das Beispiel sicherlich nicht funktioniert. Die Gesellschaft braucht sehr gut ausgebildete Menschen in allen Bereichen. Diejenigen, die durch hohe Löhne davon massiv profitieren, müssen die Gesellschaft deswegen auch mehr stützen. Diejenigen, die durch zu niedrige Löhne eh schon ausgebeutet werden, müssen entlastet werden.

Das richtige Gerechtigkeitsargument ist ein völlig anderes: „Gerecht wäre es, wenn alle Kinder die gleichen Bildungschancen hätten, unabhängig davon, welcher gesellschaftlichen Gruppe ihre Eltern angehören“, so Stefanie Thiel vom AStA-Vorstand. „Davon sind wir aber meilenweit entfernt. Bildung ist ein Menschenrecht und für die Zukunft unserer Gesellschaft exorbitant wichtig. Studiengebühren sind nur ein Element der nachhaltig schlechten Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung.“

Am 20. Januar sind die Bürger*innen in Niedersachsen aufgefordert, ihr Kreuz für eine bessere Bildungspolitik zu machen. Dies kann nicht bei den momentanen Regierungsparteien sein. Von daher prognostizieren wir die deutliche Abwahl von Schwarz-Gelb im Januar.